



Suchergebnisse: NS-Stadtrat

Juni 1933 – Keine Personen jüdischer Abstammung auf der Auer Sommerdult

München-Au * Der NS-Stadtrat bestimmt, dass für die Auer Sommerdult keine Personen jüdischer Abstammung zugelassen werden.

22. Juni 1933 – In Trudering entsteht ein Kolonialviertel

München-Graggenau - München-Trudering * Der von den Nationalsozialisten dominierte Stadtrat lässt aufgrund der durch die Eingemeindung Truderings am 1. April 1932 notwendigen Straßenumbenennungen ein sogenanntes Kolonialviertel entstehen. Die NSDAP kommt damit den alten Forderungen der Kolonialverbände und der Kriegerschaft Deutscher Kolonialtruppen entgegen. Die Straßen dieses Viertels setzen seither zusammen aus reinen Länderbezeichnungen - aber auch aus Ehrungen für einige der grausamsten Offiziere der Kolonialgeschichte des Deutschen Reiches.

22. Juni 1933 – Der NS-Stadtrat fordert die Entfernung des Revolutions-Denkmals

München * Der NS-Stadtrat Hans Zölberlein fordert die Entfernung des Grabmals, das Kurt Eisner und dem Gedenken der Toten der Revolution gewidmet ist, da es „ein Ärgernis für jeden guten Deutschen und alten bayerischen Soldaten“ darstellt. Nachdem die Nationalsozialisten im Jahr 1933 den Gedenkstein zertrümmert haben, übergeben sie Kurt Eisners Urne dem Neuen Israelitischen Friedhof an der Ungererstraße. Auch Gustav Landauers Grab wird für erloschen erklärt. „Der Abbruch der Denkmäler und die Beseitigung der Aschen hat unverzüglich zu erfolgen.“ Die Urnen von Eisner und Landauer werden der Israelitischen Kultusgemeinde übergeben, die auch noch die Kosten zu tragen hat.

11. Juli 1933 – Juden dürfen nicht mehr auf christlichen Friedhöfen beigesetzt werden

München * Die Nazi-Stadträte regeln, dass die Asche verstorbener Juden nicht mehr auf christlichen Friedhöfen beigesetzt werden darf.



September 1933 – Der Bierpreis wird vom NS-Stadtrat auf 90 Pfennige festgesetzt

München-Theresienwiese * Der Bierpreis wird vom NS-Stadtrat auf 90 Pfennige festgesetzt.

11. September 1933 – Ein Denkmal für die Befreiung Münchens von den Räten

München * Der NS-Stadtrat Hans Zölberlein beantragt „ein Denkmal für die Befreiung Münchens vom Rätewahnsinn. [...] Zur dauernden Erinnerung an die geschichtlich bedeutsamen Maitage und als Dank für das Opfer des Lebens von über 200 Freikorpsoldaten“. Der Münchner Stadtrat schreibt daraufhin einen Wettbewerb für eine „Erinnerungsstätte zum Gedenken an die Befreiung Münchens 1919“ aus. Diese soll am Ostrand der Ramersdorfer Muster-Siedlung aufgestellt werden und die über Ramersdorf ankommenden Autobahnbenutzer begrüßen. Doch der für Ramersdorf geplante „Autofahrerschreck“ kommt nicht zur Aufstellung, dafür wird Giesing - aufgrund seiner „linken“ Vergangenheit - vom Nazi-Stadtrat als Standort für ein Freikorps-Denkmal auserkoren.

23. September 1933 – Antrag auf Umbenennung der Schüleinstraße in Berg am Laim

München-Berg am Laim • Der NSDAP-Stadtrat W. Holzwarth stellt den Antrag auf Umbenennung der Schüleinstraße und des Schüleinplatzes in Berg am Laim. In seiner Begründung gibt er an, dass der „Kommerzienrat Joseph Schülein keine besonderen Verdienste, weder in sozialer Hinsicht, noch um die Stadtgemeinde München im Besonderen, nachgewiesen werden können“ und aus diesem Grund „keine Veranlassung besteht, dass in einem nationalsozialistischen Staate eine Strasse und ein Platz nach einem Juden benannt werden. Schülein war Hauptaktionär und Aufsichtsrat-Vorsitzender der Löwenbrauerei und bei seinem nicht unbeträchtlichen Einkommen und grossem Vermögen, dürfte es wohl nicht als besonderes Verdienst anzurechnen sein, wenn er von diesen Geldern wieder einen kleinen Bruchteil der Allgemeinheit für bestimmte Zwecke zur Verfügung stellte. [...] Ausserdem hat meines Wissens gerade Schülein dafür gesorgt, dass der grösste Teil der Landbrauereien Bayerns [mehrere 1.000 Betriebe] durch die Löwenbrauerei aufgekauft wurden. Sämtliche aufgekauften Betriebe wurden sofort geschlossen, wodurch die in Bayern blühende Land-Bier-Industrie vollständig vernichtet wurde. Die daraus sowohl für die einschlägige Industrie und das Handwerk, als auch für den Arbeitslosenmarkt entstandenen und zugefügten Schäden sind gar nicht zu übersehen.“ 23. September 1933: Antrag auf Umbenennung von Schüleinstraße und Schüleinplatz München-Berg am Laim * Der NSDAP-Stadtrat W. Holzwarth stellt den Antrag auf Umbenennung der Schüleinstraße und des Schüleinplatzes in Berg am Laim. In seiner Begründung gibt er an, dass der „Kommerzienrat



Joseph Schülein keine besonderen Verdienste, weder in sozialer Hinsicht, noch um die Stadtgemeinde München im Besonderen, nachgewiesen werden können“ und aus diesem Grund „keine Veranlassung besteht, dass in einem nationalsozialistischen Staate eine Strasse und ein Platz nach einem Juden benannt werden. Schülein war Hauptaktionär und Aufsichtsrat-Vorsitzender der Löwenbrauerei und bei seinem nicht unbeträchtlichen Einkommen und grossem Vermögen, dürfte es wohl nicht als besonderes Verdienst anzurechnen sein, wenn er von diesen Geldern wieder einen kleinen Bruchteil der Allgemeinheit für bestimmte Zwecke zur Verfügung stellte. [...] Ausserdem hat meines Wissens gerade Schülein dafür gesorgt, dass der grösste Teil der Landbrauereien Bayerns [mehrere 1.000 Betriebe] durch die Löwenbrauerei aufgekauft wurden. Sämtliche aufgekauften Betriebe wurden sofort geschlossen, wodurch die in Bayern blühende Land-Bier-Industrie vollständig vernichtet wurde. Die daraus sowohl für die einschlägige Industrie und das Handwerk, als auch für den Arbeitslosenmarkt entstandenen und zugefügten Schäden sind gar nicht zu übersehen.“ Der Antrag steht im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Politik, jüdische Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben und dem Stadtbild zu verdrängen. Er markiert einen weiteren Schritt der systematischen Ausgrenzung und Diskriminierung der Familie Schülein nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten.

September 1934 – Der NS-Stadtrat führt die Pferderennen auf dem Oktoberfest wieder ein

München-Theresienwiese * Der NS-Stadtrat führt die Pferderennen auf dem Oktoberfest wieder ein - bis 1938.

September 1936 – Verordnete Hakenkreuzfahnen wehen auf der Wiesen

München-Theresienwiese * Der NS-Stadtrat ordnet die einheitliche Beflaggung der Theresienwiese mit Hakenkreuzfahnen an. Weiß-blaue Landesfahnen und schwarz-gelbe Stadtfahnen werden untersagt.
